Positionspapier

Landesschüler:innenvertretung
2026/27



AHS
BMHS
BS

Positions- und Forderungspapier

LANDESSCHÜLER:INNENVERTRETUNG STMK

der Landesschüler:innenvertretung Steiermark 2026/27

Schule muss für Schüler:innen da sein.

Vorwort **3**
Unsere Positionen auf einen Blick **4**
1. Eine starke Schüler:innenvertretung **5**
1.1 Der Schulgemeinschaftsausschuss und echte Mitbestimmung 5
1.2 Direktwahl der Landesschüler:innenvertretung 5
1.3 Junge Menschen in politische Entscheidungen einbinden 6
1.4 Freistellung für Schüler:innenvertretung an Berufsschulen 6
2. Gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft und Geldbörse **7**
2.1 Kostenlose Lernunterstützung und Nachhilfe 7
2.2 Schulstartgeld 7
2.3 Leistbare Schulveranstaltungen und Schulreisen 8
2.4 Technische Geräte dürfen keine Kostenfalle sein 8
2.5 Länger gemeinsam lernen: Differenzierte Gesamtschule 9
2.6 Sichere, verlässliche und leistbare Schulwege 9
2.7 Inklusive Schule 9
2.8 Fair bezahlte Pflichtpraktika 10
2.9 Eine faire Matura 10
2.10 Schulstress und nachvollziehbare Beurteilung 11
3. Eine Schule, die auf das Leben vorbereitet **12**
3.1 Unabhängige Bildungs- und Berufsorientierung 12
3.2 Finanzbildung 12
3.3 Arbeitsrecht und Reformen der Berufsschule 13
3.4 Digitale Infrastruktur, Kompetenzen und künstliche Intelligenz 13
4. Demokratie lernen, indem man sie erlebt **14**
4.1 Politische Bildung 14
4.2 Demokratische Institutionen und Beteiligung erleben 14
4.3 Medienkompetenz, Desinformation und Debattenkultur 15
4.4 Schüler:innenvertretung als gelebte Demokratie 15
5. Gesundheit ist keine Privatsache **16**
5.1 Psychische Gesundheit und Schulstress 16
5.2 Prävention und Enttabuisierung 16
5.3 Bewegung, Sport und Gesundheitskompetenz 17
5.4 Warme Mahlzeiten, Hygiene und Pausen 17
6. Klimafeste Schulen **18**
6.1 Hitzeschutz 18
6.2 Nachhaltige Schule 18
7. Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung **19**
7.1 Diskriminierungsprävention und Antirassismusarbeit 19
7.2 Klare Meldewege und Vertrauenspersonen 19
7.3 Antimobbing und sichere Schulen 20
7.4 Gleichberechtigung im Schulalltag 20
Schlusswort: Schule muss für Schüler:innen da sein. **21**

Vorwort

LSV
LANDESSCHÜLER:INNENVERTRETUNG STMK

Wir verbringen einen großen Teil unseres Lebens in der Schule. Wir wissen, welche Unterrichtsstunde tatsächlich etwas bringt, wo Lernunterstützung fehlt, wie sich ein langer Schulweg anfühlt und was es bedeutet, wenn Prüfungen, Abgaben und Praktika gleichzeitig zusammenkommen. Diese Erfahrung ist kein Randwissen. Sie ist Fachwissen aus dem Alltag von Schüler:innen.

Über Schule wird trotzdem noch immer zu oft ohne Schüler:innen gesprochen. Über unsere Prüfungen, Stundenpläne, Wege, Belastungen und Chancen entscheiden Menschen, die diese Realität nicht täglich erleben. Wir wollen nicht nur angehört werden. Wir wollen mitentscheiden – dort, wo Entscheidungen unseren Schulalltag unmittelbar betreffen.

Dieses Positions- und Forderungspapier verbindet deshalb zwei Grundsätze: Chancengleichheit und Mitbestimmung. Schule muss Unterschiede ausgleichen, statt sie zu verstärken. Und Schüler:innen müssen ihre Schule und ihre Vertretung aktiv mitgestalten können. Wer von einer Entscheidung betroffen ist, soll nicht erst nachher gefragt werden.

Wir vertreten Schüler:innen an AHS, BMHS und Berufsschulen. Diese Schulformen haben unterschiedliche Rahmenbedingungen und unterschiedliche Herausforderungen. Gemeinsam ist ihnen aber der Anspruch, ernst genommen zu werden.

Wir formulieren bewusst politische Forderungen und keine fertigen Umsetzungspläne. Die LSV entscheidet nicht allein über Schulrecht, Budgets oder Infrastruktur. Was wir können, ist Probleme sichtbar machen, eine klare Haltung einnehmen und gegenüber Bund, Land, Bildungsdirektion, Schulerhaltern und Schulen Druck für Verbesserungen ausüben.

Unsere Positionen auf einen Blick

LSV
LANDESSCHÜLER:INNENVERTRETUNG STMK

1. Lernen darf keine Frage des Einkommens sein. Kostenlose Lernunterstützung muss dort stattfinden, wo Schüler:innen ohnehin lernen.

2. Wer alle vertreten will, sollte von allen gewählt werden. Wir fordern die Direktwahl der LSV durch die Schüler:innen der Sekundarstufe II.

3. Schüler:innenrechte müssen verständlich und erreichbar sein. Die LSV soll eine echte Servicestelle für Schulrecht und Vertretungsarbeit sein.

4. Mitbestimmung heißt nicht anhören. Der SGA und die Schüler:innenvertretung müssen bei Entscheidungen, die Schüler:innen betreffen, tatsächlichen Einfluss haben.

5. Das Schulstartgeld muss erhöht und auf jene Altersgruppen ausgeweitet werden, in denen die Kosten der Ausbildung weiter steigen.

6. Schulreisen, Schulwege und digitale Geräte dürfen keine finanziellen Ausschlussgründe sein.

7. Wir stehen für eine differenzierte Gesamtschule mit längerem gemeinsamen Lernen und individueller Förderung.

8. Pflichtpraktika müssen fair bezahlt und notwendige Kosten ersetzt werden.

9. Eine faire Matura muss die Jahresleistung berücksichtigen und darf nicht vom Ergebnis weniger Stunden abhängen.

10. Psychische Gesundheit gehört ins Schulsystem. Schulpsychologie und Schulsozialarbeit müssen ausgebaut und leicht erreichbar sein.

11. Hitze im Klassenzimmer ist ein Gesundheits- und Bildungsproblem. Es braucht Hitzeschutz-Maßnahmen an Schulen.

12. Niemand soll wegen Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion, sexueller Orientierung oder finanzieller Situation benachteiligt werden.

1. Eine starke Schüler:innenvertretung

1.1 Der Schulgemeinschaftsausschuss und echte Mitbestimmung

AUSGANGSLAGE

Der Schulgemeinschaftsausschuss ist ein wichtiges demokratisches Gremium. In der Praxis wird Mitbestimmung aber erschwert, wenn Unterlagen zu spät kommen, Anträge der Schüler:innenvertretung nicht behandelt werden oder Ablehnungen nicht nachvollziehbar begründet werden. Auch viele Entscheidungen des Schulalltags werden getroffen, ohne Schüler:innen einzubeziehen.

UNSERE POSITION

Mitbestimmung darf nicht bedeuten, dass Schüler:innen nach einer fertigen Entscheidung ihre Meinung sagen dürfen. Wer mitentscheiden soll, braucht Informationen rechtzeitig und muss sicher sein, dass Anträge ernsthaft behandelt werden. Ablehnungen sollen begründet werden. Schüler:innen sollen außerdem bei Fragen wie Schulveranstaltungen, Aufenthaltsmöglichkeiten, digitalen Systemen oder schulischen Regeln tatsächlich eingebunden werden.

Wir fordern daher:

1. rechtzeitige Übermittlung der für SGA-Sitzungen notwendigen Unterlagen.
2. verbindliche Behandlung von Anträgen der Schüler:innenvertretung und nachvollziehbare Begründungen bei Ablehnung.
3. mehr tatsächliche Beteiligung von Schüler:innen bei Entscheidungen, die ihren Schulalltag unmittelbar betreffen.

1.2 Direktwahl der Landesschüler:innenvertretung

AUSGANGSLAGE

Die LSV wird derzeit über die Schulsprecher:innen gewählt. Dadurch liegt die Entscheidung über die Landesvertretung bei einer sehr kleinen Gruppe im Verhältnis zur gesamten Schüler:innenschaft. Die bestehende Wahl ist damit nicht automatisch undemokratisch, aber sie schafft eine große Distanz zwischen den vertretenen Schüler:innen und jenen, die die Vertreter:innen bestimmen.

UNSERE POSITION

Wer alle vertreten will, sollte von allen gewählt werden. Wir fordern eine Direktwahl der LSV durch alle Schüler:innen der Sekundarstufe II. Eine Direktwahl muss im Unterricht stattfinden und faire, gleiche Möglichkeiten für alle Kandidat:innen sicherstellen.

Wir fordern daher:

1. Direktwahl der LSV durch alle Schüler:innen der Sekundarstufe II
2. Beibehaltung der getrennten Vertretung von AHS, BMHS und Berufsschulen
3. faire Wahlbedingungen mit gleichen Vorstellungsmöglichkeiten, Transparenz und Regeln gegen reine Bekanntheits- oder Reichweitenvorteile
4. Erprobung eines steirischen Modells und bundesweite Mindeststandards

1.3 Junge Menschen in politische Entscheidungen einbinden

AUSGANGSLAGE

Bildungspolitische Entscheidungen betreffen Schüler:innen unmittelbar. Trotzdem werden Jugendliche häufig erst dann eingeladen, wenn zentrale Entscheidungen bereits gefallen sind. Beteiligung darf nicht zur nachträglichen Information werden.

UNSERE POSITION

Wir wollen verbindliche Beteiligung der LSV bei landesweiten Vorhaben, die Schüler:innen und Bildung betreffen. Junge Menschen sollen ihre Perspektive einbringen können, bevor Entscheidungen getroffen werden. Dazu gehört auch, die Auswirkungen von Vorhaben auf Schüler:innen ausdrücklich mitzudenken.

Wir fordern daher:

1. verbindliche Einbindung der LSV in relevante bildungs- und jugendpolitische Vorhaben des Landes.
2. frühzeitige Beteiligung statt bloßer Information nach einer Entscheidung.
3. regelmäßige Dialogformate zwischen LSV, Landesregierung, Bildungsdirektion und politischen Entscheidungsträger:innen.

1.4 Freistellung für Schüler:innenvertretung an Berufsschulen

AUSGANGSLAGE

Berufsschüler:innen und Lehrlinge tragen eine besondere Doppelbelastung: Arbeit im Betrieb, Unterricht, Prüfungsvorbereitung und zusätzlich Vertretungsarbeit. Gleichzeitig sind die Zeitkontingente für Schüler:innenvertretung im Berufsschulbereich besonders knapp.

UNSERE POSITION

Wer Verantwortung für andere übernimmt, darf dadurch keinen Nachteil in der Ausbildung haben. Deshalb braucht es für Berufsschüler:innen ein gesetzlich abgesichertes Freistellungspensum für Vertretungsarbeit. Engagement darf weder an der Arbeitszeit im Betrieb noch am Unterricht scheitern.

Wir fordern daher:

1. ein gesetzlich geregeltes und ausreichendes Freistellungspensum für Schüler:innenvertretungsarbeit an Berufsschulen.
2. Freistellung für notwendige Sitzungen, Schulungen und Vertretungstermine.
3. keine finanziellen oder ausbildungsbezogenen Nachteile durch demokratisches Engagement.

2. Gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft und Geldbörse

2.1 Kostenlose Lernunterstützung und Nachhilfe

AUSGANGSLAGE

In der Steiermark haben laut dem zugrunde liegenden Positionspapier rund 42.000 Schüler:innen Bedarf an Nachhilfe. Bei rund 23.000 scheitert sie am Geld oder an fehlenden passenden Angeboten. Dadurch wird private Nachhilfe zu einer Parallelstruktur zum öffentlichen Schulsystem.

UNSERE POSITION

Zusätzliche Unterstützung darf nicht vom Einkommen der Familie abhängen. Wir wollen mehr Lernzeit und Förderangebote dort, wo Schüler:innen ohnehin lernen: in der Schule. Kostenlose Förderkurse, Peer-Learning und Lernpatenschaften können Lernlücken schließen, ohne dass Unterstützung mit einem Stigma verbunden ist.

Wir fordern daher:

1. flächendeckende kostenlose Lernunterstützung an Schulen.
2. Förderkurse, Peer-Learning und Lernpatenschaften als ergänzende Angebote.
3. keine Einkommensprüfung und keine Stigmatisierung bei der Inanspruchnahme.
4. ausreichend qualifiziertes Personal und Ressourcen für nachhaltige Förderung.

2.2 Schulstartgeld

AUSGANGSLAGE

Der Schulstart verursacht Kosten für Materialien, digitale Geräte, Fahrtwege und schulbezogene Ausgaben. Das derzeitige Schulstartgeld beträgt laut Vorlage 121,40 Euro und endet mit fünfzehn Jahren – also genau dann, wenn Oberstufe, BMHS und Berufsschule häufig besonders hohe Kosten verursachen.

UNSERE POSITION

Die Unterstützung darf nicht dort enden, wo die Kosten steigen. Das Schulstartgeld muss an die tatsächlichen Lebens- und Bildungskosten angepasst und auf Schüler:innen ausgeweitet werden, die derzeit nicht mehr erfasst sind. Unterstützung soll unabhängig von Schulform und Wohnort funktionieren.

Wir fordern daher:
1. deutliche Erhöhung des Schulstartgeldes entsprechend den realen Bildungskosten.
2. Ausweitung des Anspruchs über das 15. Lebensjahr hinaus.
3. regelmäßige Anpassung an die Inflation.
4. gleicher Zugang unabhängig von Schulform und Wohnort.

2.3 Leistbare Schulveranstaltungen und Schulreisen

AUSGANGSLAGE
Schulreisen und Schulveranstaltungen sind Teil des schulischen Lernens und der Klassengemeinschaft. Gleichzeitig können Unterkunft, Anreise, Verpflegung und Programm für Familien eine erhebliche Belastung darstellen. Wer aus finanziellen Gründen nicht mitfahren kann, verpasst nicht nur eine Reise, sondern auch einen Teil des gemeinsamen Schulalltags.

UNSERE POSITION
Teilhabe an Schulveranstaltungen darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Wir wollen unbürokratische Unterstützung, damit alle Schüler:innen teilnehmen können. Entscheidend ist, dass Hilfe einfach erreichbar ist und niemand seine finanzielle Situation vor der Klasse oder der Schule offenlegen muss.

Wir fordern daher:
1. öffentliche Förderung von Schulreisen und Schulveranstaltungen.
2. einfache Unterstützungsfonds, Zuschüsse oder gestaffelte Beiträge.
3. transparente und frühzeitige Kommunikation der Kosten.
4. langfristige Sicherstellung, dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird.

2.4 Technische Geräte dürfen keine Kostenfalle sein

AUSGANGSLAGE
Digitale Geräte gehören an vielen Schulen zum Unterricht. Aufgaben, Lernmaterialien und Kommunikation finden teilweise digital statt. Gerade an Schulen mit verpflichtenden Geräten können Anschaffung, Reparatur und Ersatz Familien finanziell belasten.

UNSERE POSITION
Wenn ein Gerät für den Unterricht notwendig ist, darf seine Finanzierung nicht vom Geldbeutel der Familie abhängen. Besonders an technischen Schulen wie der BULME braucht es verlässliche Unterstützung für die tatsächlich benötigte Ausstattung. Dazu gehören auch Wartung, Reparatur und Ersatz.

Wir fordern daher:
1. kostenfreie oder vollständig finanzierte Geräte, wenn sie für den Unterricht verpflichtend benötigt werden.
2. gezielte Unterstützung für technische Fachausstattung, insbesondere an Schulen mit hohen Geräte- und Materialkosten.
3. verlässliche Reparatur-, Wartungs- und Ersatzlösungen.
4. keine Benachteiligung im Unterricht, wenn ein Gerät aus finanziellen Gründen nicht vorhanden ist.

2.5 Länger gemeinsam lernen: Differenzierte Gesamtschule

LSV
LANDESSCHÜLER:INNENVERTRETUNG STMK

AUSGANGSLAGE

In Österreich wird bereits nach vier Volksschuljahren stark zwischen unterschiedlichen Schulformen getrennt. Der weitere Bildungsweg hängt dadurch früh von Entscheidungen ab, bei denen neben Leistung auch familiäre und soziale Voraussetzungen eine Rolle spielen.

UNSERE POSITION

Wir stehen für eine differenzierte Gesamtschule mit längerem gemeinsamen Lernen. Gemeinsamer Unterricht bedeutet dabei nicht Einheitsunterricht: Leistungsniveaus, Interessen und Unterstützungsbedarfe sollen innerhalb der gemeinsamen Schule differenziert berücksichtigt werden.

Wir fordern daher:

schrittweise Einführung einer differenzierten Gesamtschule mit späterer Selektion.
individuelle Leistungs- und Interessensdifferenzierung innerhalb der gemeinsamen Schule.
zusätzliche Ressourcen für Förderunterricht, Teamteaching und individuelle Begleitung.
Qualitätssicherung in Ausbildung und Fortbildung der Lehrpersonen.

2.6 Sichere, verlässliche und leistbare Schulwege

AUSGANGSLAGE

Der Schulweg entscheidet mit darüber, welche Schule überhaupt erreichbar ist. Lange Wege, unzuverlässige Verbindungen und hohe Ticketkosten treffen besonders Schüler:innen aus ländlichen Regionen. Im zugrunde liegenden Papier wird darauf hingewiesen, dass steirische Schüler:innen für das Jahresticket deutlich mehr zahlen als Schüler:innen in Wien.

UNSERE POSITION

Der Wohnort darf nicht über Bildungschancen entscheiden. Wir wollen leistbare Mobilität, verlässliche Verbindungen und sichere Schulwege. Dazu gehören ausreichend frühe und späte Verbindungen, sichere Haltestellen und gute Fuß- und Radwege ebenso wie ein günstiges bzw. kostenloses Schüler:innenticket.

Wir fordern daher:

1. kostenloses bzw. deutlich vergünstigtes Schüler:innenticket für alle Schüler:innen.
2. verlässliche Verbindungen auch für lange und ländliche Schulwege.
3. sichere Fuß- und Radwege sowie gut erreichbare Haltestellen.
4. Schulbus- und Fahrplankonzepte, die Unterrichtszeiten tatsächlich berücksichtigen.

2.7 Inklusive Schule

AUSGANGSLAGE

Schüler:innen bringen unterschiedliche körperliche, psychische, sprachliche und soziale Voraussetzungen mit. Noch immer gibt es Schulen, in denen Barrierefreiheit, individuelle Unterstützung oder flexible Prüfungsbedingungen nicht ausreichend vorhanden sind.

UNSERE POSITION

Inklusion darf kein Sonderfall sein. Schulen müssen so ausgestattet sein, dass Schüler:innen mit Behinderungen und anderen Einschränkungen tatsächlich gleichberechtigt teilnehmen können. Das betrifft Gebäude, Unterricht, Prüfungen, digitale Systeme und die notwendige personelle Unterstützung.

Wir fordern daher:

1. barrierefreie Schulgebäude und digitale Lernangebote.
2. ausreichende Ressourcen für individuelle Unterstützung und Assistenz.
3. flexible Prüfungs- und Unterrichtsformen bei berechtigtem Unterstützungsbedarf.
4. verbindliche inklusive Standards an allen Schulstandorten.

2.8 Fair bezahlte Pflichtpraktika

AUSGANGSLAGE

An vielen berufsbildenden Schulen ist das Pflichtpraktikum Teil der Ausbildung. Schüler:innen müssen es absolvieren, um ihren Abschluss zu erreichen, übernehmen dabei aber häufig echte Arbeitsaufgaben. Gleichzeitig können geringe oder fehlende Bezahlung sowie Fahrt-, Verpflegungs- und Materialkosten eine finanzielle Belastung sein.

UNSERE POSITION

Arbeit verdient faire Bezahlung – auch dann, wenn sie Teil einer Ausbildung ist. Pflichtpraktika sollen fair nach Kollektivvertrag bezahlt werden. Notwendige Ausgaben für Arbeitskleidung, Materialien und Fahrt müssen ersetzt werden. Lernen und faire Arbeitsbedingungen schließen einander nicht aus.

Wir fordern daher:

1. kollektivvertragliche und faire Bezahlung von Pflichtpraktika.
2. vollständiger Ersatz notwendiger Fahrt-, Arbeitskleidungs- und Materialkosten.
3. klare arbeitsrechtliche Absicherung und Information über Rechte.
4. keine Benachteiligung von Schüler:innen, die auf ein Praktikum angewiesen sind.

2.9 Eine faire Matura

AUSGANGSLAGE

Bei der Matura kann ein einzelner Prüfungstermin großen Einfluss auf den Abschluss haben. Gleichzeitig bestehen bereits Mechanismen wie die Einrechnung der Jahresleistung und Kompensationsprüfungen. Das Positionspapier weist außerdem auf besondere Auswirkungen der Pandemie auf fünfjährige berufsbildende Schulen hin.

UNSERE POSITION

Eine Matura soll Leistung abbilden und nicht die gesamte Schulzeit auf wenige Stunden reduzieren. Wir wollen, dass die Jahresleistung und faire Kompensationsmöglichkeiten erhalten bleiben. Bei Sonderregelungen müssen vergleichbare Belastungen vergleichbar behandelt werden.

Wir fordern daher:

1. Erhalt und Weiterentwicklung der Einrechnung der Jahresleistung.
2. Erhalt von Kompensationsmöglichkeiten.
3. faire und transparente Prüfungsbedingungen für alle Schulformen.
4. besondere Belastungen vergleichbarer Jahrgänge dürfen nicht allein aufgrund der Schulform oder Ausbildungsdauer zu Ungleichbehandlung führen.

2.10 Schulstress und nachvollziehbare Beurteilung

AUSGANGSLAGE

Viele Schüler:innen erleben lange Schultage, mehrere Tests und Schularbeiten, Projekte, Abgaben und Praktika gleichzeitig. Rechtliche Grenzen für Schularbeiten bestehen, aber eine Gesamtbetrachtung aller Leistungsfeststellungen über mehrere Fächer fehlt. Gleichzeitig ist für Schüler:innen nicht immer klar, wie sich einzelne Leistungen auf die Note auswirken.

UNSERE POSITION

Schule soll fordern, aber nicht dauerhaft überlasten. Prüfungen, Abgaben und Projekte müssen fair über das Schuljahr verteilt werden. Schüler:innen müssen außerdem wissen, nach welchen Kriterien ihre Leistungen beurteilt werden. Gute Bildung und ein gesundes Privatleben dürfen kein Widerspruch sein.

Wir fordern daher:

1. bessere Koordination von Tests, Schularbeiten, Abgaben und großen Projekten.
2. verbindliche Orientierung an einer Gesamtbelastung statt nur an einzelnen Prüfungsarten.
3. klare und frühzeitig kommunizierte Kriterien für Leistungsbeurteilungen.
4. ausreichende Erholungszeiten und Schutz vor dauerhaftem Überlastungsdruck.

3. Eine Schule, die auf das Leben vorbereitet

3.1 Unabhängige Bildungs- und Berufsorientierung

AUSGANGSLAGE
Berufsorientierung findet häufig dort statt, wo die erste Bildungsentscheidung ansteht. In der Sekundarstufe II stehen Schüler:innen jedoch erneut vor wichtigen Entscheidungen, erhalten aber teilweise nur einzelne Vorträge oder Messen. Gleichzeitig treten Anbieter an Schulen mit eigenen Interessen auf.

UNSERE POSITION
Orientierung muss unabhängig, wiederkehrend und breit sein. Studium, Fachhochschule, Kolleg, Lehre, Beruf, Auslandsaufenthalt und alternative Bildungswege sollen gleichrangig dargestellt werden. Wenn externe Anbieter an Schulen auftreten, muss transparent sein, welches Interesse sie vertreten.

Wir fordern daher:
1. verbindliche Bildungs- und Berufsorientierung auch in der Sekundarstufe II.
2. gleichrangige Information über Studium, FH, Kolleg, Lehre, Beruf und weitere Wege.
3. unabhängige Beratung statt einseitiger Anbieterwerbung.
4. Transparenz über Interessen externer Organisationen.

3.2 Finanzbildung

AUSGANGSLAGE
Finanzielle Entscheidungen beginnen lange vor dem Erwachsenenalter: Nebenjobs, Verträge, erste Konten, Versicherungen, Studienkosten und später Miete oder Kredite betreffen junge Menschen direkt. Trotzdem hängt Finanzbildung häufig vom Engagement einzelner Lehrpersonen oder von Wahlangeboten ab.

UNSERE POSITION
Finanzbildung soll eine grundlegende Kompetenz für ein selbstbestimmtes Leben sein. Schüler:innen sollen lernen, Budgets zu planen, Verträge zu verstehen, Risiken einzuschätzen und Schuldenfallen zu erkennen. Die Vermittlung muss unabhängig erfolgen und darf nicht zur Werbefläche für Finanzprodukte werden.

Wir fordern daher:
1. verbindliche und praxisnahe Finanzbildung in der Schule.
2. Behandlung von Budgetplanung, Verträgen, Versicherungen, Krediten, Schulden und Konsumentscheidungen.
3. unabhängige Vermittlung ohne Produktwerbung.
4. Praxisprojekte und Workshops mit transparent ausgewiesenen externen Fachstellen.

3.3 Arbeitsrecht und Reformen der Berufsschule

AUSGANGSLAGE

Lehrlinge verbringen einen großen Teil ihrer Woche im Betrieb und einen weiteren Teil in der Berufsschule. Viele kennen ihre Rechte zu Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Urlaub, Krankenstand oder Kündigung nicht ausreichend. Gleichzeitig werden die besonderen Belastungen des Berufsschulbereichs bei Reformen oft zu wenig berücksichtigt.

UNSERE POSITION

Lehrlinge sind junge Menschen in Ausbildung und keine billigen Arbeitskräfte. Arbeitsrecht muss praxisnah im Unterricht vorkommen. Reformen im Bildungsbereich müssen die Realität der Berufsschule ausdrücklich berücksichtigen: Doppelbelastung, kurze Unterrichtszeiten und die Verbindung von Schule und Betrieb.

Wir fordern daher:

1. verbindliche und praxisnahe Vermittlung von Arbeitsrecht.
2. Information über Rechte und Anlaufstellen bei Problemen im Betrieb.
3. Berufsschüler:innen bei Bildungsreformen ausdrücklich mitdenken.
4. bessere Abstimmung zwischen schulischen Anforderungen und betrieblicher Ausbildung.

3.4 Digitale Infrastruktur, Kompetenzen und künstliche Intelligenz

AUSGANGSLAGE

Digitaler Unterricht funktioniert nur, wenn Netz, Geräte und Support funktionieren. Gleichzeitig geht digitale Kompetenz weit über Bedienung hinaus: Schüler:innen müssen Quellen einschätzen, Daten schützen und mit künstlicher Intelligenz umgehen können. Derzeit sind Regeln für KI im Schulalltag nicht überall einheitlich.

UNSERE POSITION

Technik gehört zur Grundausstattung. Schulen brauchen verlässliche Netze, funktionierende Geräte und eigene Ressourcen für Wartung und Support. Beim Einsatz von KI braucht es klare, im Vorhinein bekannte Regeln und faire Verfahren. Verbote allein reichen nicht: Schüler:innen müssen lernen, KI kritisch und verantwortungsvoll zu nutzen.

Wir fordern daher:

1. verlässliche Netzwerke und funktionierende digitale Ausstattung an allen Standorten.
2. eigene Ressourcen für Wartung, Support und Reparaturen.
3. einheitliche, verständliche Regeln für den Einsatz von KI bei Hausübungen, Arbeiten und Prüfungen.
4. Ausbau von Medien-, Quellen- und Datenkompetenz.
5. Transparenz darüber, welche Schüler:innendaten digitale Schul- und Lernsysteme verarbeiten.

4. Demokratie lernen, indem man sie erlebt

4.1 Politische Bildung

AUSGANGSLAGE
Politische Bildung soll junge Menschen dazu befähigen, demokratische Prozesse zu verstehen und an ihnen teilzunehmen. In vielen Schulformen ist sie jedoch kein eigenständiges Fach, sondern Teil anderer Fächer und damit stark davon abhängig, wie einzelne Lehrpersonen sie umsetzen. Für eine Generation, die ab sechzehn wählen darf, ist das nicht ausreichend.

UNSERE POSITION
Politische Bildung muss regelmäßig, aktuell und praxisnah stattfinden. Sie soll nicht nur Institutionen erklären, sondern aktuelle politische Konflikte, Interessen, Rechte und Möglichkeiten der Beteiligung behandeln. Politische Bildung muss überparteilich sein und darf nicht zur politischen Werbung werden.

Wir fordern daher:
1. Stärkung und verbindliche Verankerung politischer Bildung.
2. regelmäßige Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen.
3. überparteiliche Materialien und Unterrichtsangebote.
4. mehr Möglichkeiten für Schüler:innen, demokratische Entscheidungen praktisch zu erleben.

4.2 Demokratische Institutionen und Beteiligung erleben

AUSGANGSLAGE
Demokratie wird nicht nur durch Wissen gelernt, sondern durch Erfahrung. Schüler:innen erleben demokratische Institutionen besonders dann glaubwürdig, wenn ihre eigenen Anliegen ernst genommen werden und sie nachvollziehen können, was aus einem Antrag oder einer Entscheidung wird.

UNSERE POSITION
Schüler:innen sollen Parlamente, Gemeinderäte, Landtag und andere demokratische Institutionen nicht nur im Lehrbuch kennenlernen. Gleichzeitig muss die demokratische Beteiligung in der Schule selbst funktionieren. Wer einen Antrag stellt, soll wissen, wer entscheidet, wie abgestimmt wird und warum etwas umgesetzt oder abgelehnt wird.

Wir fordern daher:
1. regelmäßige Möglichkeiten, demokratische Institutionen praktisch kennenzulernen.
2. Besuche, Gespräche und Planspiele mit transparenter Einordnung statt parteipolitisher Werbung.
3. nachvollziehbare Verfahren für schulische Anträge und Entscheidungen.
4. Rückmeldungen darüber, was aus Schüler:innenforderungen geworden ist.

4.3 Medienkompetenz, Desinformation und Debattenkultur

AUSGANGSLAGE
Schüler:innen begegnen täglich Nachrichten, sozialen Medien, Werbung, politischen Inhalten und KI-generierten Informationen. Die Fähigkeit, Quellen zu prüfen und Behauptungen einzuordnen, ist deshalb eine demokratische Grundkompetenz.

UNSERE POSITION
Schule muss Schüler:innen befähigen, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen zu vergleichen und zwischen Meinung, Werbung und belegbarer Information zu unterscheiden. Dazu gehört auch eine Debattenkultur, in der unterschiedliche Positionen diskutiert werden können, ohne Menschen abzuwerten.

Wir fordern daher:
1. verbindliche Vermittlung von Quellen- und Medienkompetenz.
2. praktisches Arbeiten mit aktuellen Medien und Desinformation.
3. Stärkung von Argumentation, Diskussion und kritischem Denken.
4. Aufklärung über KI-generierte Inhalte und manipulative Medien.

4.4 Schüler:innenvertretung als gelebte Demokratie

AUSGANGSLAGE
Schüler:innenvertretung ist eine der unmittelbarsten Möglichkeiten, Demokratie im Alltag zu erleben. Wenn Wahlen, Anträge und Gremienarbeit nur formal stattfinden, bleibt dieses Potenzial ungenutzt.

UNSERE POSITION
Schüler:innenvertretung soll als demokratische Institution ernst genommen werden. Dazu gehören echte Entscheidungsräume, Unterstützung bei der Vertretungsarbeit, transparente Wahlen und die Möglichkeit, Projekte tatsächlich umzusetzen. Überparteilichkeit und Zusammenarbeit sollen dabei die Qualität der LSV sichern.

Wir fordern daher:
1. Ausbau der demokratischen Handlungsmöglichkeiten der Schüler:innenvertretung.
2. verlässliche Schulungen und Unterstützung für neu gewählte Vertreter:innen.
3. faire und transparente Wahlen.
4. organisationsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der LSV und des Schüler:innenparlaments.

5. Gesundheit ist keine Privatsache

5.1 Psychische Gesundheit und Schulstress

AUSGANGSLAGE

Viele Schüler:innen erleben Stress, Überforderung oder Unsicherheit und wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Besonders in der Sekundarstufe II treffen Leistungsdruck und Zukunftsentscheidungen zusammen. Schulsozialarbeit ist außerdem nicht an allen Standorten ausreichend vorhanden.

UNSERE POSITION

Psychische Gesundheit gehört ins Schulsystem und darf nicht auf eine Warteliste verschoben werden. Unterstützung muss schnell, niederschwellig und vertraulich erreichbar sein. Der Ausbau soll ausdrücklich AHS, BMHS und Berufsschulen umfassen.

Wir fordern daher:

1. Ausbau der Schulpsychologie mit ausreichendem Personal.
2. flächendeckender Ausbau von Schulsozialarbeit, auch an BMHS und Berufsschulen.
3. niederschwellige und rasch erreichbare Beratungsangebote an Schulen.
4. klare Informationen darüber, wo Schüler:innen Hilfe bekommen.

5.2 Prävention und Enttabuisierung

AUSGANGSLAGE

Unterstützung setzt häufig erst dann ein, wenn Belastungen bereits sehr groß geworden sind. Gleichzeitig wissen viele Schüler:innen und auch Erwachsene nicht ausreichend, wie sie psychische Belastungen erkennen und wohin sie sich wenden können.

UNSERE POSITION

Prävention muss Teil des Schulalltags sein. Workshops, Gespräche und leicht verständliche Informationen können helfen, psychische Gesundheit zu enttabuisieren. Lehrpersonen sollen sensibilisiert werden, um Belastungen wahrzunehmen und an geeignete Stellen weiterzuleiten – nicht, um selbst zu behandeln.

Wir fordern daher:

1. regelmäßige Präventions- und Informationsangebote zur psychischen Gesundheit.
2. Schulungen für Lehrpersonen zum Erkennen und Weiterleiten von Belastungen.
3. klare Ansprechpersonen und Hilfswege an jedem Schulstandort.
4. Schulorganisation so gestalten, dass unnötige Belastung durch Prüfungsdichte reduziert wird.

5.3 Bewegung, Sport und Gesundheitskompetenz

AUSGANGSLAGE

Bewegung unterstützt Konzentration, Wohlbefinden und Gesundheit. Im Schulalltag fallen Sportstunden jedoch bei Personalmangel aus oder Infrastruktur ist nicht ausreichend vorhanden. Gleichzeitig erleben manche Schüler:innen Sport vor allem als Leistungsvergleich und können wegen Einschränkungen nicht gleichberechtigt teilnehmen.

UNSERE POSITION

Bewegung soll ein selbstverständlicher Teil des Schultags sein. Dabei geht es nicht nur um Leistung, sondern um Freude an Bewegung, Vielfalt und Teilhabe. Sportunterricht soll so gestaltet sein, dass auch Schüler:innen mit Einschränkungen möglichst aktiv teilnehmen können.

Wir fordern daher:

1. ausreichende personelle und räumliche Ressourcen für Bewegung und Sport.
2. moderne und barrierearme Sportinfrastruktur.
3. vielfältige Bewegungsangebote statt ausschließlicher Leistungsorientierung.
4. inklusive Teilnahme am Sportunterricht.

5.4 Warme Mahlzeiten, Hygiene und Pausen

AUSGANGSLAGE

Lange Schultage machen eine ausgewogene Mahlzeit besonders an Schulen mit Nachmittagsunterricht wichtig. Gleichzeitig fehlen an manchen Standorten grundlegende Voraussetzungen wie gut nutzbare Sanitäranlagen oder Aufenthaltsräume für Freistunden.

UNSERE POSITION

Eine warme, gesunde Mahlzeit soll unabhängig vom Einkommen zugänglich sein. Ebenso selbstverständlich sind saubere und funktionierende Sanitäranlagen sowie Räume, in denen Schüler:innen Freistunden sinnvoll verbringen können. Schule ist ein Ort, an dem Jugendliche viele Stunden verbringen – die Infrastruktur muss das berücksichtigen.

Wir fordern daher:

1. kostenloses bzw. leistbares warmes Mittagessen für Schüler:innen.
2. ausreichende Qualitätsstandards für gesunde und ausgewogene Mahlzeiten.
3. funktionierende Sanitäranlagen mit Seife, Papier, Privatsphäre und abschließbaren Türen.
4. Aufenthaltsmöglichkeiten für Freistunden und Pausen.

6. Klimafeste Schulen

6.1 Hitzeschutz

AUSGANGSLAGE
Hitze in Klassenzimmern ist nicht nur eine Frage des Komforts. Hohe Temperaturen können Konzentration und Wohlbefinden beeinträchtigen. Das zugrunde liegende Positionspapier weist darauf hin, dass derzeit klare Temperaturgrenzen für den Schulbetrieb fehlen und in der Praxis häufig improvisiert werden muss.

UNSERE POSITION
Wir wollen klare Regeln für Hitzetage und langfristig klimafitte Schulgebäude. Bei extremer Hitze müssen Leistungsfeststellungen angepasst werden können. Gleichzeitig braucht es bauliche Maßnahmen wie Verschattung, Begrünung, Lüftung und geeignete Sanierung.

Wir fordern daher:
1. klare schulrechtliche Regeln für Unterricht und Leistungsfeststellungen bei extremer Hitze.
2. keine verpflichtenden Schularbeiten unter gesundheitlich unzumutbaren Bedingungen.
3. Priorität für Verschattung, Begrünung, Lüftung und thermische Sanierung.
4. langfristige Klimaanpassungspläne für alle Schulstandorte.

6.2 Nachhaltige Schule

AUSGANGSLAGE
Schulen verbrauchen Energie, Wasser, Papier und viele weitere Ressourcen. Gleichzeitig sind Schulen Orte, an denen junge Menschen lernen, wie gesellschaftliche Entscheidungen über die Zukunft getroffen werden.

UNSERE POSITION
Klimaschutz soll im Schulgebäude und im Unterricht sichtbar werden. Schulen brauchen Ressourcen für Energiesparen, Reparatur, Wiederverwendung und nachhaltige Beschaffung. Schüler:innen sollen dabei beteiligt werden, etwa durch Klima- und Umweltprojekte und echte Mitentscheidung bei schulischen Maßnahmen.

Wir fordern daher:
1. verbindliche Nachhaltigkeits- und Klimastrategien für Schulstandorte.
2. Energieeffizienz, erneuerbare Energie und ressourcenschonende Beschaffung.
3. Reparatur, Wiederverwendung und Müllvermeidung statt unnötiger Neuanschaffungen.
4. Einbindung der Schüler:innen in Klima- und Umweltmaßnahmen.

7. Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung

7.1 Diskriminierungsprävention und Antirassismusarbeit

AUSGANGSLAGE
Schule soll ein sicherer Ort für alle sein. Trotzdem können Schüler:innen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Sprache, Geschlecht, Behinderung oder anderer persönlicher Merkmale Benachteiligung und Vorurteile erleben. Prävention darf nicht erst beginnen, wenn ein Vorfall öffentlich wird.

UNSERE POSITION
Diskriminierungsschutz und Antirassismusarbeit sind Grundvoraussetzungen eines guten Schulklimas. Schüler:innen sollen lernen, Vorurteile zu erkennen, diskriminierende Sprache einzuordnen und Konflikte respektvoll auszutragen. Lehrpersonen und Schulleitungen brauchen dafür Unterstützung und klare Standards.

Wir fordern daher:
1. regelmäßige Präventionsangebote zu Rassismus, Diskriminierung und Vorurteilen.
2. Fortbildungen für Lehrpersonen und Schulleitungen.
3. klare schulische Standards gegen diskriminierendes Verhalten.
4. Einbindung der Schüler:innenvertretung in Präventionsmaßnahmen.

7.2 Klare Meldewege und Vertrauenspersonen

AUSGANGSLAGE
Wer Diskriminierung oder einen anderen schweren Konflikt erlebt, weiß nicht immer, an wen er sich wenden kann. Unklare Zuständigkeiten und fehlende Vertraulichkeit können dazu führen, dass Vorfälle gar nicht gemeldet werden

.

UNSERE POSITION
Jede Schule braucht einen verständlichen, sicheren und niederschwelligen Meldeweg. Schüler:innen müssen wissen, welche Stelle zuständig ist, was nach einer Meldung passiert und welche Unterstützung möglich ist. Vertrauenspersonen sollen erreichbar und entsprechend geschult sein.

Wir fordern daher:
1. eine klar kommunizierte Meldestelle an jedem Schulstandort.
2. geschulte Vertrauenspersonen außerhalb der unmittelbaren Konfliktstruktur.
3. vertrauliche und nachvollziehbare Verfahren.
4. Information über Rechte und weitere Unterstützungsmöglichkeiten.

7.3 Antimobbing und sichere Schulen

LSV
LANDESSCHÜLER:INNENVERTRETUNG STMK

AUSGANGSLAGE

Mobbing kann den Schulalltag massiv beeinträchtigen und findet heute auch über digitale Kanäle statt. Gleichzeitig reagieren Schulen unterschiedlich auf Konflikte, wodurch Schüler:innen nicht immer wissen, was sie erwarten können.

UNSERE POSITION

Sicherheit bedeutet mehr als körperliche Unversehrtheit. Schulen brauchen eine klare Haltung gegen Mobbing, Ausgrenzung und digitale Gewalt. Prävention, frühe Intervention und Unterstützung für Betroffene müssen zusammen gedacht werden.

Wir fordern daher:

1. verbindliche schulische Präventionskonzepte gegen Mobbing und Cybermobbing.
2. frühe und konsequente Reaktion auf bekannte Fälle.
3. Unterstützung für betroffene Schüler:innen und ihre Klassen.
4. Schulung von Schüler:innen, Lehrpersonen und Schulleitungen im Umgang mit Konflikten.

7.4 Gleichberechtigung im Schulalltag

AUSGANGSLAGE

Gleichberechtigung betrifft nicht nur große politische Fragen, sondern auch Unterricht, Sprache, Rollenbilder, Ausstattung und die Frage, wer in der Schule sichtbar und ernst genommen wird. Schüler:innen sollen unabhängig von Geschlecht und persönlicher Lebenssituation gleiche Möglichkeiten haben.

UNSERE POSITION

Wir wollen eine Schule, in der Gleichberechtigung selbstverständlich ist. Unterrichtsmaterialien, schulische Regeln und Angebote sollen keine veralteten Rollenbilder festschreiben. Gleichstellung bedeutet für uns auch, dass alle Schüler:innen gleichberechtigt an Bildung, Sport, Vertretungsarbeit und schulischem Leben teilnehmen können.

Wir fordern daher:

1. Prüfung schulischer Materialien und Regeln auf diskriminierende Rollenbilder.
2. gleichberechtigte Zugänge zu Sport, Wahlfächern, Vertretungsarbeit und schulischen Angeboten.
3. Fortbildungen zu Gleichstellung und diskriminierungssensibler Pädagogik.
4. klare Reaktion auf sexistische und andere diskriminierende Vorfälle.

Schlusswort: Schule muss für Schüler:innen da sein.

Dieses Papier beschreibt keine Sonderwünsche. Es beschreibt die Bedingungen, die Schüler:innen brauchen, um Schule als fairen, sicheren und demokratischen Ort zu erleben.

Chancengleichheit bedeutet, Unterschiede nicht einfach zu ignorieren. Wer weniger Unterstützung, Geld, Zeit oder Zugang zu Ressourcen hat, braucht mehr Unterstützung, damit am Ende tatsächlich vergleichbare Chancen entstehen.

Mitbestimmung bedeutet gleichzeitig, dass Schüler:innen nicht nur Gegenstand von Bildungspolitik sind. Wir sind die Menschen, die jeden Tag in diesen Schulen sitzen. Wir kennen die Auswirkungen von Entscheidungen aus eigener Erfahrung und wollen diese Erfahrung dort einbringen, wo Entscheidungen getroffen werden.

Die Landesschüler:innenvertretung Steiermark steht für eine Schule, die niemanden zurücklässt, die junge Menschen ernst nimmt und die auf das Leben vorbereitet. Wir wollen nicht, dass über Schüler:innen gesprochen wird, als wären sie nicht im Raum. Wir sind im Raum. Und wir wollen mitentscheiden.